



# DER SOZIALMINISTER DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wacken, den 18. Sept. 1985

## Informationsblatt zum Erörterungstermin =====

für das Kernkraftwerk Brokdorf

Anlg.: Abdruck der Bestimmungen der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung (AtVfV) über den Erörterungstermin (§§ 8 bis 13) sowie von § 7 Atomgesetz (AtG)

Als zuständige atomrechtliche Genehmigungsbehörde erörtert das Sozialministerium des Landes Schleswig-Holstein gemäß den §§ 8 ff. Atomrechtliche Verfahrensverordnung die rechtzeitig erhobenen Einwendungen gegen die Anträge der Nordwestdeutschen Kraftwerke Aktiengesellschaft (NWK), Kernkraftwerk Brokdorf GmbH (KBR GmbH) und der Kraftwerk Union Aktiengesellschaft (KWU). Die Antragsteller haben beantragt, ihnen

- anstelle der unter Ziffer 1.1.1 der 4. Teilgenehmigung genehmigten Brennelemente den Einsatz von optimierten Brennelementen mit Anreicherungen bis zu 4 % Uran-235, mit abbrennbaren Absorbern sowie mit Uran-Plutonium-Mischoxid als Brennstoff zu genehmigen und unter Bezug auf den Antrag vom 12.03.1974 gebeten, ihr
- die Einlagerung und Handhabung von Brennelementen und Neutronenquellen, den Warmprobetrieb mit beladenem, unterkritischem Reaktorkern, die nukleare Inbetriebnahme sowie den unbefristeten Leistungsbetrieb sowie
- den Umgang mit Tritium mit einer Aktivität bis zu 1 Curie für die Dichtheitsprüfung des Generators zu genehmigen.

Aufgrund der amtlichen Bekanntmachungen und der öffentlichen Auslegung der entsprechenden Unterlagen haben gegen das beantragte Vorhaben 643 Personen Einwendungen erhoben.

Leiter des Erörterungstermins sind Herr Ministerialrat Dr. Backheuer und Herr Regierungsdirektor Dr. Schattke. Vertreter der Verhandlungsleiter ist Herr Oberregierungsrat Gördes.

Der Erörterungstermin dient gemäß § 8 Abs. 2 AtVfV dazu, die rechtzeitig erhobenen Einwendungen mit den Antragstellern und denjenigen, die Einwendungen erhoben haben, mündlich zu erörtern, soweit dies für die Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen von Bedeutung sein kann.

Die den Erörterungstermin betreffenden Bestimmungen der AtVfV und des Atomgesetzes sind diesem Informationsblatt beigelegt (Anlage). Dementsprechend soll dieser Erörterungstermin nach folgenden organisatorischen Grundsätzen durchgeführt werden:

1) Nichtöffentlichkeit:

Der Erörterungstermin ist nicht öffentlich (§ 12 Abs. 1 AtVfV). Zugelassen sind daher neben dem Sozialministerium als Veranstalter und Vertretern anderer Behörden nur Personen, die rechtzeitig Einwendungen erhoben haben bzw. deren Bevollmächtigte oder Beistände sowie die Antragsteller und die jeweiligen hinzugezogenen Sachverständigen. Vertretern von Presse, Hörfunk und Fernsehen mit Presseausweis wird gemäß § 12 Abs. 1 AtVfV der Zutritt gestattet. Es ist jedoch weder für Presse, Hörfunk und Fernsehen noch für andere Teilnehmer am Erörterungstermin gestattet, nach Beginn der Verhandlung zu filmen, zu fotografieren oder Tonbandaufzeichnungen zu fertigen. Wenn im Einzelfall keine schutzwürdigen Belange von Verfahrensbeteiligten entgegenstehen, ist das Filmen bzw. das Fotografieren vor und nach der Erörterung sowie in den Verhandlungspausen erlaubt.



2) Erörterung:

Es ist geplant, die Einwendungen in folgende Sachthemen zu untergliedern und in entsprechender Reihenfolge zu erörtern:

- verfahrensrechtliche Fragen
- formal-juristische Fragen
- geplanter Einsatz von höher angereicherten (4 %) und von Mischoxid-Brennelementen (MOX)
- Kompaktlager im Zusammenhang mit dem geplanten Einsatz von MOX-Brennelementen
- Entsorgung
- Strahlenschutz und Radiologie
- Reaktorsicherheit
- Sonstiges
  - energiewirtschaftliche Aspekte
  - Katastrophenschutz
  - Verschiedenes

Abweichungen von dieser vorläufigen Reihenfolge können im Einzelfall vom Verhandlungsleiter zugelassen werden.

Für die Erläuterung der Einwendungen und die daran anschließende Erörterung sind innerhalb der vorne im Saal aufgestellten Tischreihen zwei Tischgruppen mit Mikrofonen für die Einwender reserviert.

Die Einwendungen werden auch bei Ausbleiben der Antragsteller oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert.

3) Erörterungsprotokoll:

Die gesamte Erörterung wird auf Tonband aufgenommen. Von der Tonbandaufnahme fertigt die Genehmigungsbehörde ein Wortprotokoll an, das den Einwendern auf schriftliche Anforderung in Einzelexemplaren kostenlos überlassen wird. Die Tonbandaufzeichnung wird nach Anfertigung des Wortprotokolls gelöscht.

4) Zeitplan:

Die Erörterung findet täglich in der Zeit von 10.00 bis 23.00 Uhr statt. Die Mittagspause wird etwa zwischen 13.00 und 15.00 Uhr sein. Auch außerhalb der Mittagspause werden genügend Pausen eingelegt werden. Es ist nicht gestattet, Gläser oder Geschirr mit in den Verhandlungsraum zu nehmen. Es wird um Verständnis dafür gebeten, daß im Verhandlungsraum das Rauchen und der Verzehr alkoholischer Getränke aus Sicherheitsgründen nicht gestattet werden können.

Vorsorglich wird darauf hingewiesen, daß der Gasthof "Zur Post" am 21. und 22. September 1985 wegen anderer Veranstaltungen nicht zur Verfügung steht, so daß der Erörterungstermin an diesen Tagen nicht fortgesetzt werden kann. Ggf. wird jedoch ab 23. September 1985 weitererörtert, wenn der Zweck des Erörterungstermins noch nicht erreicht worden ist.

§ 7

Genehmigung von Anlagen

(1) Wer eine ortsfeste Anlage zur Erzeugung oder zur Bearbeitung oder Verarbeitung oder zur Spaltung von Kernbrennstoffen oder zur Aufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe errichtet, betreibt oder sonst innehat oder die Anlage oder ihren Betrieb wesentlich verändert, bedarf der Genehmigung.

(2) Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn

1. keine Tatsachen vorliegen, aus denen sich Bedenken gegen die Zuverlässigkeit des Antragstellers und der für die Errichtung, Leitung und Beaufsichtigung des Betriebs der Anlage verantwortlichen Personen ergeben, und die für die Errichtung, Leitung und Beaufsichtigung des Betriebs der Anlage verantwortlichen Personen die hierfür erforderliche Fachkunde besitzen,
2. gewährleistet ist, daß die bei dem Betrieb der Anlage sonst tätigen Personen die notwendigen Kenntnisse über einen sicheren Betrieb der Anlage, die möglichen Gefahren und die anzuwendenden Schutzmaßnahmen besitzen,
3. die nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderliche Vorsorge gegen Schäden durch die Errichtung und den Betrieb der Anlage getroffen ist,
4. die erforderliche Vorsorge für die Erfüllung gesetzlicher Schadensersatzverpflichtungen getroffen ist,
5. der erforderliche Schutz gegen Störmaßnahmen oder sonstige Einwirkungen Dritter gewährleistet ist,
6. überwiegende öffentliche Interessen, insbesondere im Hinblick auf die Reinhaltung des Wassers, der Luft und des Bodens, der Wahl des Standorts der Anlage nicht entgegenstehen.

(3) Die Stilllegung einer Anlage nach Absatz 1 sowie der sichere Einschluß der endgültig stillgelegten Anlage oder der Abbau der Anlage oder von Anlagenteilen bedürfen der Genehmigung. Absatz 2 gilt sinngemäß. Eine Genehmigung nach Satz 1 ist nicht erforderlich, soweit die geplanten Maßnahmen bereits Gegenstand einer Genehmigung nach Absatz 1 oder Anordnung nach § 19 Abs. 3 gewesen sind.

(4) Im Genehmigungsverfahren sind alle Behörden des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der sonstigen Gebietskörperschaften zu beteiligen, deren Zuständigkeitsbereich berührt wird. Bestehen zwischen der Genehmigungsbehörde und einer beteiligten Bundesbehörde Meinungsverschiedenheiten, so hat die Genehmigungsbehörde die Weisung des für die kerntechnische Sicherheit und den Strahlenschutz zuständigen Bundesministers einzuholen. Im übrigen wird das Genehmigungsverfahren nach den Grundsätzen der §§ 8, 10 Abs. 1 bis 4 und 6 bis 8 und des § 18 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721) durch Rechtsverordnung geregelt.

(5) Für ortsveränderliche Anlagen gelten die Absätze 1, 2 und 4 entsprechend. Jedoch kann die in Absatz 4 Satz 3 genannte Rechtsverordnung vorsehen, daß von einer Bekanntmachung des Vorhabens und einer Auslegung der Unterlagen abgesehen werden kann und daß insoweit eine Erörterung von Einwendungen unterbleibt.

(6) § 14 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes gilt sinngemäß für Einwirkungen, die von einer genehmigten Anlage auf ein anderes Grundstück ausgehen.



73016  
23.1.82  
32,10

Auszug aus der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung (AtVfV)  
vom 18.02.1977 in der Fassung der Bekanntmachung vom  
31. März 1982 (BGBl. I S. 441)

Dritter Abschnitt  
Erörterungstermin

§ 8 Gegenstand und Zweck

(1) Die Genehmigungsbehörde hat die rechtzeitig erhobenen Einwendungen mit dem Antragsteller und denjenigen, die Einwendungen erhoben haben, mündlich zu erörtern. Rechtzeitig erhoben sind Einwendungen, die innerhalb der Auslegungsfrist bei den in § 5 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 genannten Stellen eingegangen sind.

(2) Der Erörterungstermin dient dazu, die rechtzeitig erhobenen Einwendungen zu erörtern, soweit dies für die Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen von Bedeutung sein kann. Er soll denjenigen, die Einwendungen erhoben haben, Gelegenheit geben, ihre Einwendungen zu erläutern.

§ 9 Besondere Einwendungen

Einwendungen, die auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, sind im Erörterungstermin nicht zu behandeln; sie sind durch schriftlichen Bescheid auf den Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten zu verweisen.

§ 10 Wegfall

(1) Ein Erörterungstermin findet nicht statt, wenn

1. Einwendungen gegen das Vorhaben nicht oder nicht rechtzeitig erhoben worden sind,
2. die rechtzeitig erhobenen Einwendungen zurückgenommen worden sind oder
3. ausschließlich Einwendungen erhoben worden sind, die auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

(2) Der Antragsteller ist vom Wegfall des Termins zu unterrichten.

§ 11 Verlegung

(1) Die Genehmigungsbehörde kann den bekanntgemachten Erörterungstermin verlegen, wenn dies im Hinblick auf dessen zweckgerechte Durchführung erforderlich ist. Ort und Zeit des neuen Erörterungstermins sind zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu bestimmen.

(2) Der Antragsteller und diejenigen, die rechtzeitig Einwendungen erhoben haben, sind von der Verlegung des Erörterungstermins zu benachrichtigen. Sie können in entsprechender Anwendung des § 4 Abs. 1 durch öffentliche Bekanntmachung benachrichtigt werden.

§ 12 Verlauf

(1) Der Erörterungstermin ist nicht öffentlich. Der den Erörterungstermin leitende Vertreter der Genehmigungsbehörde (Verhandlungsleiter) entscheidet darüber, wer außer dem Antragsteller und denjenigen, die rechtzeitig Einwendungen erhoben haben, an dem Termin teilnimmt.

(2) Der Verhandlungsleiter kann bestimmen, daß Einwendungen zusammengefaßt erörtert werden. In diesem Fall hat er die Reihenfolge der Erörterung bekanntzugeben. Er kann für einen bestimmten Zeitraum das Recht zur Teilnahme an dem Erörterungstermin auf die Personen beschränken, deren Einwendungen zusammengefaßt erörtert werden sollen.

(3) Der Verhandlungsleiter erteilt das Wort und kann es demjenigen entziehen, der eine von ihm festgesetzte Redezeit für die einzelnen Wortmeldungen überschreitet oder Ausführungen macht, die nicht den Gegenstand des Erörterungstermins betreffen oder nicht in sachlichem Zusammenhang mit der zu behandelnden Einwendung stehen.

(4) Der Verhandlungsleiter ist für die Ordnung verantwortlich. Er kann Personen, die seine Anordnungen nicht befolgen, entfernen lassen. Der Erörterungstermin kann ohne diese Personen fortgesetzt werden.

(5) Der Verhandlungsleiter beendet den Erörterungstermin, wenn dessen Zweck erreicht ist. Er kann den Erörterungstermin ferner für beendet erklären, wenn auch nach einer Vertagung, der Erörterungstermin aus dem Kreis der Teilnehmer erneut so gestört wird, daß seine ordnungsmäßige Durchführung nicht mehr gewährleistet ist. Personen, deren Einwendungen noch nicht oder noch nicht abschließend erörtert wurden, können innerhalb eines Monats nach Aufhebung des Termins ihre Einwendungen gegenüber der Genehmigungsbehörde schriftlich erläutern; hierauf sollen die Anwesenden bei Aufhebung des Termins hingewiesen werden.

§ 13 Niederschrift

(1) Über den Erörterungstermin ist eine Niederschrift zu fertigen. Die Niederschrift muß Angaben enthalten über

1. den Ort und den Tag der Erörterung,
2. den Namen des Verhandlungsleiters,
3. den Gegenstand des Genehmigungsverfahrens,
4. den Verlauf und die Ergebnisse des Erörterungstermins.

Die Niederschrift ist von dem Verhandlungsleiter und, soweit ein Schriftführer hinzugezogen worden ist, auch von diesem zu unterzeichnen. Der Aufnahme in die Verhandlungsniederschrift steht die Aufnahme in eine Schrift gleich, die ihr als Anlage beigelegt und als solche bezeichnet ist; auf die Anlage ist in der Verhandlungsniederschrift hinzuweisen. Die Genehmigungsbehörde kann den Erörterungstermin zum Zwecke der Anfertigung der Niederschrift auf Tonträger aufzeichnen. Die Tonaufzeichnungen sind nach Eintritt der Unanfechtbarkeit der Entscheidung über den Genehmigungsantrag zu löschen; liegen im Falle eines Vorbescheidsverfahrens die Voraussetzungen des § 7 a Abs. 1 Satz 2 des Atomgesetzes vor, hat die Löschung nach Eintritt der Unwirksamkeit zu erfolgen.

(2) Dem Antragsteller ist eine Abschrift der Niederschrift zu überlassen. Auf Anforderung ist auch demjenigen, der rechtzeitig Einwendungen erhoben hat, eine Abschrift zu überlassen.